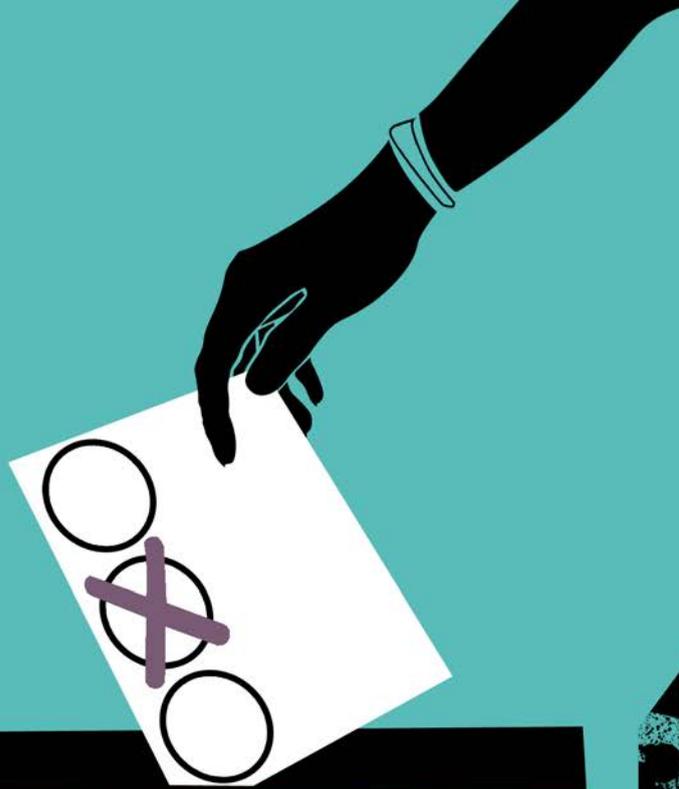


4
JAHRE



**Fragen zur
Bundestagswahl
26. September 2021**

4
FRAGEN

INHALT

Inhalt	
Vorwort	1
Wer sind wir?	
- Für Euch gefragt hat: das Jugendforum im Landkreis Meißen	2
Portraits der Bundestagskandidat:innen im Landkreis Meißen (Wahlkreis 155)	
- Johannes Schmidt-Ramos - FDP	4
- Sebastian Fischer - CDU	5
- Barbara Lenk - AfD	6
- Karin Beese - Bündnis 90/Die Grünen	7
- Markus Pohle - Die Linke	8
- Stephanie Dzeyk - SPD	9
- André Langerfeld - Freie Wähler	10
4 Jahre - 4 Fragen	
- Wie stehen Sie zu einem einheitlichen Bildungssystem in Deutschland?	12
- Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Stellschrauben im Themengebiet Umweltschutz?	14
- Wie wollen Sie die Beteiligung von Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen auf Bundesebene sicherstellen?	16
- Was ist Ihr Herzensanliegen für die nächsten 4 Jahre im Bundestag?	18
Das solltest du sonst noch wissen	20
Zu jung für eine Meinung? - Die U18-Wahl	21

► VORWORT

Am 26. September 2021 wird ein neuer Bundestag gewählt und damit auch eine neue Bundeskanzlerin oder ein neuer Bundeskanzler. Um Jugendlichen und jungen WählerInnen im Landkreis Meißen die Chance zu geben, "ihre" KandidatInnen etwas besser kennenzulernen, haben die Jugendlichen vom JUGENDFORUM IM LANDKREIS MEISSEN diesen ihre Fragen gestellt. Diese werden nun von 7 Frauen und Männern hier in dieser Broschüre beantwortet, die alle das gleiche Ziel haben: einen Platz im Deutschen Bundestag.

Bis Mitte Juni waren alle Antworten da und so konnte gemeinsam mit dem Kreisjugendring Meißen e.V. diese kleine Informationsbroschüre erarbeitet werden. Sie soll Information sein und Orientierung, wofür die jeweiligen KandidatInnen persönlich stehen und welche konkreten Antworten sie auf die Fragen der Jugendlichen haben.

Ihr habt weitere Fragen und wollt die KandidatInnen persönlich kennenlernen?

Am 15. September 2021 habt Ihr die Gelegenheit dazu, wenn das Jugendforum mit ihnen ab 17.00 Uhr in Radebeul ins Gespräch kommt...

Viel Spaß beim Lesen und Kennenlernen der KandidatInnen!



Jugendforum
im Landkreis Meißen



Kreisjugendring
Meißen e.V.

► WER SIND WIR?

Für Euch gefragt hat: das Jugendforum im Landkreis Meißen. Das Jugendforum ist ein Zusammenschluss von Jugendlichen. Im Rahmen von jährlichen Plenarwochenenden und regelmäßigen Projektgruppentreffen engagieren sich junge Menschen aus dem gesamten Landkreis ehrenamtlich dafür, Ideen zu entwickeln und Projekte für andere Jugendliche zu planen und umzusetzen. Neben konstruktivem Arbeiten wird miteinander diskutiert, Verantwortung übernommen und abgestimmt, wofür das Geld aus dem Jugendfonds verwendet wird.

- ✦ Erarbeiten von Ideen und Projekten, die in Verantwortung der Jugendlichen selbst umgesetzt werden.
- ✦ Eigene Bildungsfahrten organisieren und gestalten.
- ✦ Diskutieren mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung.
- ✦ Miteinander kreativ sein, diskutieren und argumentieren, Entscheidungen treffen.

Der Kreisjugendring Meißen e.V. unterstützt und begleitet das Jugendforum langfristig.



▶ PORTRÄTS DER KANDIDAT:INNEN...

▶ JOHANNES SCHMIDT-RAMOS

FDP

“kommunikativ // Problemlöser // Zuhörer”



Welches Tier wären Sie gern?

Wolf

Wie nützlich wären Sie in einer Zombie-Apokalypse?

Wer mit mir auf eine Nachmittagstour in der Sächsischen Schweiz wandern geht, ist safe. Für mindestens drei Tage. Ich habe genug Futter, Verbandszeug und Equipment dabei, um in der Wildnis halbwegs bequem zu überleben. Wenn morgen das Licht ausgeht, bist Du in meiner Nähe definitiv gut aufgehoben.

Welche App benutzen Sie am häufigsten?

Facebook

Heißt es „der“, „die“ oder „das“ Nutella?

DIE! SCHON IMMER!

Was motiviert Sie, den Wahlkreis Meißen im Bundestag zu vertreten?

Ich bin überzeugt, dass es in Berlin mehr Stimmen aus dem Osten geben muss. Nicht solche, die aus Prinzip gegen oder für alles sind, sondern solche, die etwas konstruktiv bewegen wollen. Dabei ist mir wichtig, dass die Menschen wieder Vertrauen zu „ihren“ Politikern aufbauen können – durch klare, offene Kommunikation und Fingerspitzengefühl bei der Arbeit!

▶ SEBASTIAN FISCHER

CDU

“Machen - nicht meckern!”



Welches Tier wären Sie gern?

Mir gefällt die Freiheit des Pferdes und die Eleganz der Vögel
- vielleicht auch das Selbstbewusstsein der Katze. Aber - Ich bin sehr gerne Mensch ;D

Wie nützlich wären Sie in einer Zombie-Apokalypse?

Sehr! Ich kümmere mich an der Kinokasse um den Popcorn-Nachschub. Aber im Ernst: Ich bin Koch, ich kann aus wenig viel machen, essen muss man in jeder Katastrophe.

Welche App benutzen Sie am häufigsten?

WhatsApp und Spotify

Heißt es „der“, „die“ oder „das“ Nutella?

DAS Glas Nutella. In dem ist DIE leckere Nougatcrème.

Was motiviert Sie, den Wahlkreis Meißen im Bundestag zu vertreten?

Unsere Heimatregion braucht in Berlin auch weiter eine starke Stimme! Ich möchte als Bundestagsabgeordneter für die Bürger und Bürgerinnen aus meinem Landkreis da sein. Auch als Landtagsabgeordneter habe ich mich „als Angestellter der Wähler“ gesehen. Ich habe zehn Jahre Erfahrung in praktischer Politik, und bin über #Instagram, #FB und #Twitter immer ansprechbar.

Ich stehe für eine realistische und bürgerliche Politik mit Herz und Verstand. Der Landkreis Meißen bietet nicht nur kulturelle Schätze, sondern auch Arbeitsplätze und wunderbaren Wohnraum.

Wir brauchen gute Anbindungen bei Bus, Bahn und Straße; wir brauchen den Interessenausgleich bei Klimaschutz und erneuerbaren Energien. Und wir brauchen mehr Dialog und Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn.

▶ BARBARA LENK

AfD

“naturverbunden, tierlieb, Leserin”



Welches Tier wären Sie gern?

Katze – ich bin ein großer Katzenfan. Katzen sind unabhängig und freiheitsliebend. Das entspricht mir sehr.

Wie nützlich wären Sie in einer Zombie-Apokalypse?

Ich denke recht nützlich. Durch das intensive Anschauen aller Staffeln von The Walking Dead, Fear the Walking Dead und The Walking Dead World Beyond konnte ich mir einen großen Wissensschatz aneignen. Die Filme von George A. Romero sind auch sehr hilfreich.

Welche App benutzen Sie am häufigsten?

Ganz klar: WhatsApp.

Heißt es „der“, „die“ oder „das“ Nutella?

DIE Nutella. Ich habe Französisch und Spanisch gelernt. Seitdem sind Wörter, die auf -a enden, für mich vom Sprachgefühl her mit dem weiblichen Artikel verbunden.

Was motiviert Sie, den Wahlkreis Meißen im Bundestag zu vertreten?

Meine Liebe zur Heimat, zu den hier lebenden Menschen und die Möglichkeit, mich für die schönste Stadt im Freistaat Sachsen einbringen zu können.



KARIN BEESE

Bündnis 90/Die Grünen

“engagiert - ideenreich - mutig”

Welches Tier wären Sie gern?

Eine Elefantenkuh, die ihre Herde sicher durch die Savanne führt

Welche App benutzen Sie am häufigsten?

sechs verschiedene Messenger

Heißt es „der“, „die“ oder „das“ Nutella?

In unserer Familie steht es 4 zu 1 für „die“ Nutella.

Wie nützlich wären Sie in einer Zombie-Apokalypse?

Sehr wichtig - mit mir im Bundestag wird es keine Zombie-Apokalypse geben.

Was motiviert Sie, den Wahlkreis Meißen im Bundestag zu vertreten?

Ich bin in Nossen aufgewachsen und habe mich schon als Jugendliche für meine Stadt engagiert. Während sich viele beschwerten, dass in unserer Gegend nichts los sei, gründete ich ein Volleyballteam und eine Theatergruppe. Dieses Engagement führte ich später fort - sei es beruflich und privat für Klimaschutz oder als Autorin und Verlegerin für Kinderbücher, die Vielfalt als Normalität in Deutschland zeigen. Obwohl, oder gerade weil ich einige Jahre in Zentral- und Westafrika, in Nordamerika und in Berlin gelebt und gearbeitet habe, will ich diese Erfahrungen für meine Heimatregion einbringen - ganz nach dem Motto: global denken - lokal handeln. Meine allergrößte Motivation aber sind meine drei Töchter. Für sie und alle anderen Kinder und Jugendlichen möchte ich alles dafür tun, um unsere Erde zu erhalten und eine offene und gerechtere Gesellschaft zu gestalten.



▶ MARKUS POHLE

Die Linke

“Ruhig, nachdenklich und freundlich.”



Welches Tier wären Sie gern?

Ein Elefant.

Welche App benutzen Sie am häufigsten?

Insta

Wie nützlich wären Sie in einer Zombie-Apokalypse?

Kommt ganz auf die Sorte Zombies an!

Heißt es „der“, „die“ oder „das“ Nutella?

Das Nutella. Da gibt es keinen Verhandlungsspielraum. Außerdem können die Boomer dann keine Genderwitze darüber machen.

Was motiviert Sie, den Wahlkreis Meißen im Bundestag zu vertreten?

Der ländliche Raum im Osten braucht junge Fürsprecher, damit es endlich auch bei uns für Alle voran geht.



STEPHANIE DZEYK

SPD

“Fröhlich, spontan, neugierig.”



Welches Tier wären Sie gern?

Ein Pinguin, weil die an Land so lustig watscheln und im Wasser sehr flink schwimmen können und sich treu sind.

Welche App benutzen Sie am häufigsten?

Dlf Audiothek und WhatsApp.

Wie nützlich wären Sie in einer Zombie-Apokalypse?

Ich kenne einen geheimen Platz, an dem wir vor den Zombies geschützt wären. Da ich auf einem 3-Seiten-Hof wohne, weiß ich wie man mit Tieren und Pflanzen umgeht, wir könnten uns also selbst versorgen. Dort schmieden wir gemeinsam Pläne, wie wir mit den Zombies umgehen. Vielleicht können wir ja ein unschlagbares Verhandlungsangebot machen.

Heißt es „der“, „die“ oder „das“ Nutella?

Eindeutig das Nutella!

Was motiviert Sie, den Wahlkreis Meißen im Bundestag zu vertreten?

Im Landkreis Meißen lebe ich mit meiner Familie. Wir fühlen uns hier pudelwohl und es wäre mir eine Ehre, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises in Berlin zu vertreten. Ich setze mich für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen mit optimistischem und zuversichtlichem Blick in die Zukunft schauen können.

▶ **ANDRÉ LANGERFELD**

Freie Wähler

“bodenständig, innovativ, heimatverbunden”



Welches Tier wären Sie gern?

Ein fliegender Fisch oder vielmehr ein Delphin.

Wie nützlich wären Sie in einer Zombie-Apokalypse?

Ich denke positiv, kann gut organisieren und Menschen zusammenbringen. In einer Apokalypse ist jeder wichtig, niemand wird aufgegeben, jede Fähigkeit wird gebraucht.

Welche App benutzen Sie am häufigsten?

WhatsApp

Heißt es „der“, „die“ oder „das“ Nutella?

Alles ist richtig. In meiner Familie heißt es das Nudossi.

Was motiviert Sie, den Wahlkreis Meißen im Bundestag zu vertreten?

Als Familienvater von 3 Töchtern, Sozialpädagoge und Unternehmer teile ich die Sorgen der BürgerInnen. Ich trete an als einer für alle, ich möchte parteiideologische Grenzen überwinden und den kommunalen Focus endlich auch in den Bundestag tragen.

!▶ 4 JAHRE !▶ 4 FRAGEN...

Wie stehen Sie zu einem einheitlichen Bildungssystem in Deutschland?



André Langerfeld - Freie Wähler:

Jedes Bundesland und jede Region hat historisch betrachtet individuelle Besonderheiten, insofern verteidige ich den Bildungsföderalismus. Ich werbe für die Wahlfreiheit der Bildungseinrichtungen und für regionale Lösungen, die auch gewachsene Traditionen berücksichtigen. Entscheidend ist, dass staatliche Schulen und Freie Schulen gleichberechtigt behandelt und gefördert werden. Ein einheitliches Schulsystem begrüße ich, wenn es um vergleichbare Standards geht, z.B. beim Personalschlüssel, also dem Verhältnis von Schülern - Lehrern/sozialpädagogischen Fachkräften; oder bei national und international vergleichbaren Lerninhalten und Prüfungsaufgaben und der Anerkennung von Abschlüssen. Gemeinsame Bildungsstandards und eine gemeinsame Grundstruktur könnten einen Schub für das deutsche Bildungssystem bringen. Sicher ist nur: Bildung muss mehr Wert haben! Das Bildungssystem muss Anwenderwissen fördern und Auswendiglernen vermeiden. Dafür benötigt es zukunftsfähige Rahmenbedingungen.



Barbara Lenk - AfD:

Grundsätzlich ist es positiv, wenn schulische Benotungen und die damit verbundenen Leistungsanforderungen bundesweit vergleichbar sind. Ich denke jedoch, dass Bildung im Zeichen des Föderalismus Ländersache bleiben sollte. Sachsen hat ein sehr gutes Bildungssystem. Ich möchte gern beibehalten, dass Schüler nach ihrer Neigung und nach ihrem Leistungsvermögen gefördert werden. Dazu gehört es, dass unser gegliedertes Schulsystem in Sachsen mit Oberschule und Gymnasium bestehen bleibt. Dazu gehört es ebenso, dass die Bundesländer flexibel in der Ausarbeitung ihrer Lehrpläne bleiben und diese auf den jeweils aufkommenden Bedarf anpassen können. Ich begrüße es, wenn deutschlandweit die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gefördert werden. Diese spielen für die berufliche Zukunft eine immer größere Rolle.



Sebastian Fischer - CDU:

Gerne unterstütze ich die Einführung einheitlicher Bildung in ganz Deutschland. Dies würde Schulwechsel und Umzüge für Kinder und Eltern einfacher machen. Das Thema wird solange diskutiert, solange ich mich zurück erinnern kann. Jeder Schritt zu einheitlichen Standards ist ein richtiger Schritt. Dabei hat das sächsische Bildungssystem sehr viel Vorteile, die als Blaupause für einheitliche Standards dienen können. Also JA – das sächsische Bildungssystem bundesweit etablieren!



Stephanie Dzeyk - SPD:

Manche Sachen sollten vereinheitlicht werden, andere können unterschiedlich bleiben. Denn Unterschiedlichkeit kann ja auch ein Motor sein, dass alle sich anstrengen und verbessern. Zwei Punkte sollten meiner Meinung nach vereinheitlicht werden: gleiche Abschlussprüfungen in ganz Deutschland. Im Bundesbildungsministerium werden diese formuliert und dann ist es kein Problem für Familien mit Schulkindern, von einem in ein anderes Bundesland umzuziehen. Zweitens sollte die Grundschule in allen Bundesländern bis zur sechsten Klasse dauern und der Wechsel in die weiterführende Schule erst dann erfolgen. Denn es ist besser länger gemeinsam zu lernen.



Karin Beese - Bündnis 90/Die Grünen:

Wir wollen ein modernes Bildungssystem, bei dem Bund und Länder viel enger zusammenarbeiten. Es braucht keine 16 verschiedenen Mathematik-Apps oder Biologiebücher, sondern es reicht eins, welches zusätzlich Platz für regionale Themen lässt. Damit eine solche effiziente Zusammenarbeit erlaubt ist, muss eine „Ermöglichungsklausel“ ins Grundgesetz aufgenommen werden. Ein komplett einheitliches Bildungssystem sehe ich jedoch kritisch. Bildung sollte auch die regionalen und lokalen Besonderheiten unseres vielfältigen Landes abbilden und genügend Spielraum lassen, um besondere Lernformen umzusetzen. Während in Görlitz Jugendliche Polnischunterricht direkt praktisch anwenden können, wären es in Flensburg wahrscheinlich eher Dänisch oder Ansätze zum Küstenschutz.



Johannes Schmidt-Ramos - FDP

Ein Schulabschluss aus Sachsen muss genauso viel wert sein wie einer aus NRW. Das ist Fakt. Da unser Bildungssystem aber neben der Vermittlung von Wissen auch ziemlich viel Logistik umfasst, müssen regionale Unterschiede irgendwie Beachtung finden. Deshalb finde ich den Bildungsföderalismus als Grundidee gut - allerdings mit festen Mindestanforderungen zu Zielen und zur Qualität der Bildung bundesweit.



Markus Pohle - Die Linke:

Bildung ist in Deutschland traditionell Ländersache und damit viel dezentraler als beispielsweise in unserem Nachbarland Frankreich. Dafür gibt es gute und schlechte Argumente. Ich möchte ein Bildungssystem, das allen Kindern, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern, die Möglichkeit gibt, sich zu den Menschen zu entwickeln, die sie sein möchten. Das wird erschwert, wenn man durch einen Umzug der Eltern zum Beispiel das Bundesland wechselt und damit in ein anderes Schulsystem wechselt und plötzlich mit einem anderen Lehrplan konfrontiert wird. Das ist nicht mehr zeitgemäß und sollte bundesweit weitestgehend angeglichen werden. Trotzdem finde ich, dass es auch Unterschiede gibt, die richtig sind - Ein Kind aus einer sorbischen Familie in der Lausitz sollte die Möglichkeit haben, auch in Sorbisch als Schulfach unterrichtet zu werden. Dieses Angebot jedoch in Köln dann auch machen zu müssen, wäre Quatsch. Das Bildungssystem sollte also grundsätzlich vereinheitlicht werden, ohne es dabei für lokale Bedürfnisse blind zu machen.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Stellschrauben im Themengebiet Umweltschutz?



Johannes Schmidt-Ramos - FDP:

Ich will meiner 4-jährigen Tochter irgendwann eine Welt übergeben, die dauerhaft lebenswert ist. Dazu gehört, dass wir als Gesellschaft nachhaltiger werden und uns der Konsequenzen unseres Handelns für die Umwelt bewusst sind. Deutschland muss noch stärker eine Vorreiterrolle einnehmen – denn wir haben das Knowhow und die Mittel. Für mich führt der Weg dorthin über ein verbindliches Vorgabenpaket mit langfristigen Zielen. Umweltpolitik darf sich nicht alle 4 Jahre ändern, sondern muss als Prozess begriffen werden. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, das Voranbringen innovativer und umweltfreundlicher Verkehrsmittel sowie die Ausdehnung des sogenannten „Zertifikate-Handels“ für Emissionen sind dabei wichtige Instrumente. Aber auch jeder einzelne Bürger spielt eine wichtige Rolle. Jeder kann und muss seinen Beitrag leisten, um seine „Fußabdrücke“ auf unserem Planeten so minimal wie möglich zu halten.



André Langerfeld - Freie Wähler:

Umweltschutz beginnt beim Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft, bei der Pflege unserer Natur- und Landschaftsschutzgebiete und Biotope. Wir brauchen nachhaltige Schutzkonzepte, ohne die Bedürfnisse von Menschen, Tieren und Umwelt gegenein-

ander auszuspielen. Ein gut ausgebautes Radwegenetz ist genauso zu fördern wie der ÖPNV besonders im ländlichen Raum. Umweltschutz bedeutet ressourcenschonendes Wirtschaften, z.B. Einweg- und Wegwerfprodukte vermeiden. Unökologische globale Lieferketten müssen zurückgefahren werden und bei Anbietern von regionalen Produkten sollte bevorzugt eingekauft werden. Das stärkt die regionale Wirtschaft und fördert den Umweltschutz. Plastikmüll sollte jeder reduzieren! Besonders Mikroplastikteilchen in unserer Umwelt stellen eine große Gefahr für Mensch und Tier dar. Hier ist jeder gefragt und kann seinen Teil zum Umweltschutz beitragen. Mit einem „Putztag“ vor der Haustür können wir alle unsere Heimat ein Stück lebenswerter und sauberer machen.



Markus Pohle - Die Linke:

Umweltpolitik ist ein Feld, das in viele Lebensbereiche eingreift. Am allerwichtigsten ist dabei die Frage, wie wir den Strom, den wir verbrauchen, erzeugen und welche Kraftstoffe wir nutzen, um von A nach B zu kommen. Wir brauchen meiner Meinung nach Investitionen in erneuerbare Energien und Speichersysteme, eine Umstellung von industrieller Produktion von „Wegwerfprodukten“ auf Gerätschaften, die sich leicht reparieren lassen und auf Langlebigkeit ausgelegt sind und einen massiven Ausbau von schnellen Bahnverbindungen und ÖPNV, um Individualverkehr und Flüge unattraktiver zu machen. Sehr wichtig ist mir auch, dass wir Niemanden zurücklassen und Klimaschutz kein Thema ist, das man sich leisten können muss - Klimaschutz kostet Geld, und die Kosten dafür dürfen nicht auf den Schultern der kleinen Leute lasten.



Barbara Lenk - AfD:

Umweltschutz ist für uns ein wichtiges Themenfeld. Wir setzen auf moderne Methoden der Energiegewinnung. Dies sind ebenfalls Methoden, die sich in die seit Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaften einfügen und diese nicht „zerstückeln“ - wie es bei Windrädern der Fall ist. Umweltschutz bedeutet auch Tierschutz, z.B. durch bessere Lebensbedingungen für Nutztiere in der Landwirtschaft. Tiertransporte sollen stark begrenzt werden. Es ist sinnvoller, das Fleisch beim lokalen Anbieter zu kaufen. Tierschutz bedeutet ebenfalls: Erhalt bedrohter Tierarten in unserer Heimat. Hier vor allem Schutz der Vögel, die sehr oft zum Opfer großer Windkraftanlagen werden. Saubere Seen und Flüsse sind wichtig für unsere Lebensqualität. Das Klima können wir kaum bis nicht beeinflussen. Den Erhalt unserer Wälder, Wiesen und natürlichen Biotopie allerdings schon. Damit auch die kommenden Generationen sich in ihrer Heimat wohlfühlen.



Sebastian Fischer - CDU:

Nachhaltigkeit und Bewahrung der Schöpfung: Das ist Umweltschutz! Ein besserer öffentlicher Nahverkehr, autonomes Fahren, mehr Digitalisierung kann PkV-Verkehr ersetzen. Landwirtschaft und Naturschutz sind zwei Seiten einer Medaille – sind zugleich untrennbar miteinander verbunden. Ein Beispiel: Nachhaltiger Konsum, regional kaufen beim Selbstvermarkter, damit können alle beginnen.



Karin Beese - Bündnis 90/Die Grünen:

Die größte Herausforderung ist natürlich der Klimawandel und die notwendige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die schnell und gleichzeitig sozial gerecht umgesetzt werden muss. Appelle und Absichtserklärungen haben wenig Erfolg gezeigt. Als effektive Stellschrauben brauchen wir deshalb klare rechtliche Vorgaben gekoppelt mit finanziellen Anreizen. Der Preis von Produkten muss ihre Auswirkungen auf die Umwelt beinhalten. Wenn Regenwälder für landwirtschaftliche Flächen abgeholzt werden, dürfen diese Produkte nicht billiger sein als das regionale Bio Gemüse. Die CO2 Bepreisung soll den Umstieg auf klimaneutrale Produkte anregen. Landwirt*innen sollen finanzielle Unterstützung gekoppelt an ihren Beitrag zu Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl erhalten. Damit all dies auch global Wirkung zeigt, brauchen wir starke internationale Kooperationen – auch beim Schutz unserer Meere, Wälder, Böden und der Biodiversität.



Stephanie Dzeyk - SPD:

Der Ausstieg aus der Kohle und Atomenergie ist beschlossene Sache und deshalb brauchen wir viel erneuerbare Energie. Deshalb ist unser Ziel eine Solaranlage, auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Außerdem müssen wir für Unternehmen die Kreislaufwirtschaft attraktiv machen. Das heißt: weniger Müll produzieren und mehr Inhaltsstoffe wiederverwenden. Zentral für alle Menschen ist es, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Eine Person alleine im Auto, ist eine totale Ressourcenverschwendung. Es muss günstig und schnell sein mit Bus und Bahn zu reisen, das Auto soll unattraktiver werden.

Wie wollen Sie die Beteiligung von Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen auf Bundesebene sicherstellen?



Stephanie Dzeyk - SPD:

Die vornehmste Aufgabe jeder Staatsbürgerin und jedes Staatsbürgers ist das Wahlrecht. Nicht irgendeine Person bestimmt aufgrund ihrer Familie (Adel) oder ihrer besonderen Fähigkeiten (Aristokratie) die Geschicke des Landes, sondern diejenigen Vertreterinnen und Vertreter, die von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt wurden. Damit junge Menschen Interesse daran und Einfluss darauf haben, setze ich mich für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Außerdem sollten Kinder und Jugendliche immer bei den Gesetzen, die sie direkt betreffen, beteiligt werden. Solche Gesetze dürfen nicht allein am Schreibtisch geschrieben werden, sondern brauchen Gespräche mit denjenigen, die sie betreffen.



Markus Pohle - Die Linke:

Es gibt bereits im derzeitigen Bundestag eine Mehrheit von Fraktionen, die die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre fordert. Da es in unserem Land keine Wahlpflicht gibt, sondern jeder ab einem gewissen Alter wählen kann, der möchte und sich dazu im

Stande fühlt, finde ich das gut. Der oder die eine beschäftigt sich eher im Leben mit Politik, der oder die eine oder andere macht das vielleicht nie - zu behaupten, dass das erst ab 18 ok ist, finde ich falsch. Zudem gibt es im Bundestag seit 1988 die Kinderkommission, in der alle Parteien vertreten sind und die sich der politischen Belange von Kindern und Jugendlichen annimmt - sie sollte verstärkt gehört werden und ein für Jugendliche und Kinder geschriebener Rechenschaftsbericht, den man zum Beispiel im Gemeinschaftskunde- oder Politikunterricht in der ganzen Republik gemeinsam behandelt und kritisiert, wäre ein guter Anfang.



Karin Beese - Bündnis 90/Die Grünen:

Politische Entscheidungen bestimmen oft für lange Zeit die Zukunft und sollten deshalb auch von denen mitgetroffen werden, die in dieser Zukunft leben. Wir treten dafür ein, das Wahlalter bei Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre zu senken. Die politische Einflussnahme darf jedoch nicht nur auf Wahlen beschränkt sein. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig von ihrem sozialen Umfeld Beteiligung leben können. Jugendarbeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Jugendverbände wollen wir mit einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische Bildung wollen wir in Kitas, Schulen und in der Jugendhilfe stärken. Beteiligung und Einmischung in politische Prozesse sind keine Störfaktoren sondern Teil von gelebter Demokratie.



Johannes Schmidt-Ramos - FDP:

Wir Freie Demokraten - meine Wenigkeit inbegriffen - wollen das Wahlalter auf 16 senken. Damit machen wir uns für die direkte Einflussnahme von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf die Politik unseres Landes stark.

Als Bundestagsabgeordneter verbringt man außerdem viel Zeit in seinem Wahlkreis. Für Gespräche - auch ungezwungen um den Grill oder das Lagerfeuer - stehe ich jederzeit gern zur Verfügung.



Barbara Lenk - AfD:

Die AfD tritt als basisdemokratische Partei zur Bundestagswahl an. Wir wollen so viel Mitbestimmung der Bürger in der Politik wie möglich. Jugendliche sind unsere Zukunft. Eure Wünsche und Vorschläge sind wichtig, um die Zukunft des Landes zu gestalten.

Wir wollen ein lebenswertes Land, das der Jugend jegliche Möglichkeit bietet, sich selbst zu verwirklichen. Zu diesem Zweck wollen wir das Instrument des „Volksentscheids“ fest in der Bundespolitik verankern. Mit Volksentscheiden ist sichergestellt, dass Politik nicht mehr Mittel zum Selbstzweck ist und sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der heutigen wie auch der kommenden Generationen orientiert. Wir sind übrigens die einzige große Partei, die den Volksentscheid konsequent in sämtlichen politischen Belangen umsetzen möchte. Zusätzlich sollen bestehende Möglichkeiten für Jugendliche stärker kommuniziert werden. Auch Jugendliche selbst sollten aktiv werden und sich mit der Thematik beschäftigen und auf sich aufmerksam machen.



Sebastian Fischer - CDU:

Alle Schüler sollten in ihrer Schulzeit Parlamente besuchen, ins Gespräch kommen mit den Abgeordneten – und diese Besuche müssen spannend sein und zum Mitmachen einladen. Auch Jugendparlamente sind eine gute Gelegenheit, die Wünsche Jugendlicher einzubinden! Als digitaler Abgeordneter werde ich sehr viele Onlinetools anbieten, die zum Mitmachen und zum Mitbestimmen animieren. Jugendliche müssen die Zukunft mitgestalten und dafür bin ich offen.



André Langerfeld - Freie Wähler:

Grundsätzlich muss die Beteiligung von Jugendlichen gestärkt werden. Vordergründig in Schulen, Vereinen und kommunalen Entscheidungsgremien. Jugendliche, die sich politisch von unten nach oben engagieren möchten, sollten auch von den Abgeordneten auf Bundesebene gehört und beteiligt werden. Die Beteiligung darf aber nicht am sozialen und finanziellen Status scheitern. Ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement muss unterstützt werden mit Begegnungen, mit Zeit zum Zuhören, Offenheit, wertschätzendem konstruktiven Dialog und finanziellen Förderungen. Demokratie will gelernt sein und der Ersatz für den Aufwand gehört dazu. Wer sich ehrenamtlich für die Gesellschaft engagiert, sollte eine Aufwandsentschädigung erwarten können oder mit materiellen Arbeitsmitteln / Gutscheinen unterstützt werden - auf möglichst unbürokratischem und parteiunabhängigem Weg. Beteiligung muss auf niedrigschwelligem Niveau möglich sein!

Was ist Ihr Herzensanliegen für die nächsten 4 Jahre im Bundestag?



Markus Pohle - Die Linke:

Mein Herzensanliegen ist die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde und trotzdem lebt jedes fünfte Kind in Armut oder ist von ihr bedroht. Durch falsche Wirtschaftspolitik im Interesse des reichsten Prozentes unserer Gesellschaft haben wir das erste Mal eine Generation, die schlechtere Chancen hat als ihre Elterngeneration. Einige wenige Familien teilen sich den Kuchen und der Rest der Gesellschaft soll sich unterm Tisch um die Krümel prügeln. Was dabei rauskommt, wenn wir das so weitertreiben, sieht man bei unseren südeuropäischen Brüdern und Schwestern - Jugendarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Zorn, Wut und Zynismus. Deutschland muss sowohl selbst gerechter werden und auch seinen Teil dazu beitragen, dass Europa gerechter wird.



Karin Beese - Bündnis 90/Die Grünen:

Soziale Gerechtigkeit und Vielfalt liegen mir am Herzen. Die aktive Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, Familienkonstellationen, Geschlechter, Hautfarben, körperlicher Beeinträchtigungen oder Religionen macht Deutschland stark und wir alle sind ein Teil davon. Wir brauchen aber auch

eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Chancen und ein faires Miteinander weltweit. Dafür setze ich mich ein.

Klimaschutz ist für mich mehr als ein Herzensanliegen - es ist eine absolute Notwendigkeit und dafür will ich im Bundestag mein Engagement und meine Erfahrung aus über 15 Jahren Arbeit in den Bereichen Klimakommunikation und internationale Zusammenarbeit einbringen. Sachsen hat so viel Potential und kann, unterstützt durch gute Politik, zum Vorreiter im Klimaschutz werden.



Barbara Lenk - AfD:

Meine Herzensangelegenheit: die Entwicklung unseres ländlichen Raumes. Der Landkreis Meißen ist ländlich geprägt. Unsere Dörfer sind Heimat und naturnahe Lebensgrundlage vieler Menschen. Kinder sollten auch in ländlichen Gemeinden ortsnah zur Schule gehen können. Unsere Dörfer und ihre Bewohner brauchen eine bessere Verkehrsanbindung, bessere Internet- und Funknetzverbindungen sowie den Erhalt der Infrastruktur - Einkaufsläden, Märkte und Arbeitsplätze, Ärzte und Altenpflegemöglichkeiten sowie all jene kleinen wie großen Dinge des Lebens, die uns den Alltag auch im ländlichen Raum verschönern. Sie benötigen ein intaktes Vereinsleben mit Jugend- und Sportclubs. Ebenso braucht es die Möglichkeit, sich ehrenamtlich beispielsweise in den Freiwilligen Feuerwehren oder Heimatvereinen zu verwirklichen. Der ländliche Raum benötigt eine intakte Natur. Unsere Dörfer dürfen nicht aussterben durch Abwanderung der Jugend. Die Dörfer und ihre Bewohner sind ein wichtiger Schatz, den es zu pflegen gilt.



Sebastian Fischer - CDU:

Frust, Gebrüll, Spaltung und Hass in unserer Gesellschaft überwinden. Mehr Partizipation aller an Politik - das bedeutet online-Diskussionen, Ideensammlung, zu der alle Zutritt haben. Zuhören zu können, ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu haben, stets erreichbar zu sein. Einsatz für den Landkreis Meißen von Digitalisierung über Infrastruktur, Weinbau und Stärkung regionaler Produktion.



André Langerfeld - Freie Wähler:

Herzanliegen ist für mich, als einer für alle, für unsere Heimat zu arbeiten. Schwerpunktthemen werden Bildung, Familie und Wirtschaft sein. Ich werde mich stark machen für eine nachhaltige Bildungsagenda, für eine generationengerechte Familienpolitik und die Entlastung von Familien und Mittelstand. Als Bundestagsabgeordneter möchte ich sachlich und lösungsorientiert mit allen zusammenarbeiten und parteiübergreifend Strategien entwickeln, um für die Bürgerinteressen einzustehen. Viele Investitionen müssen getätigt werden in die Infrastruktur der Daseinsfürsorge in unserer Region. Die Bürokratie ist der größte Feind der Demokratie! Wir brauchen daher effiziente Bundesprogramme und Fördergelder müssen auf unbürokratischem Weg direkt in den Kommunen ankommen. Es ist für mich eine Herzensangelegenheit Investitionshemmnisse abzubauen und eine Kultur des demokratischen Miteinanders zu leben. Ich möchte die Zukunft aktiv gestalten, um unsere Heimat liebens- und lebenswerter zu machen.



Stephanie Dzeyk - SPD:

Im Bundestag würde ich mich dafür einsetzen, dass die kommenden gesellschaftlichen Veränderungen von allen Menschen gemeistert werden können. Wenn die Arbeit von Menschen durch Computer ersetzt werden, dann muss es für die Menschen Umschulungsmöglichkeiten geben. Oder die Arbeit wegfällt, weil Braunkohle aus Umweltschutzgründen nicht mehr abgebaut wird. Wenn Wohnungen mit modernen Heizungen ausgestattet werden, damit sie umweltfreundlicher werden, dann müssen sich Mieter*innen die Miete trotzdem leisten können. Solche Veränderungen können Angst machen, denn was war, kennen wir. Aber was genau in der Zukunft kommt, das ist unsicher. Ich möchte Politik machen, die durch einen starken Staat diejenigen auffangen, die Hilfe benötigen.



Johannes Schmidt-Ramos - FDP:

Freiheit, Chancengleichheit und Menschlichkeit. Warum dürfen Homosexuelle nicht Blut spenden? Warum sagt der Gesetzestext noch heute, dass Transsexuelle vor einer Gender-Anpassung zwangssterilisiert werden müssen? Warum ist es gleichgeschlechtlichen Paaren im 21. Jahrhundert immer noch nur unter massiven Hürden möglich, Kinder zu adoptieren? Das sind für mich alles unhaltbare, fast mittelalterliche Zustände, die vor allem diese drei Punkte betreffen. Gehen wir sie an!

► DAS SOLLTEST DU SONST NOCH WISSEN

Was sind die Aufgaben des Bundestages?

- ◉ Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung
- ◉ Entscheidungen über Bundeshaushalt und die Einsätze der Bundeswehr im Ausland
- ◉ Wahl der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers
- ◉ Ort, an dem unterschiedliche Auffassungen über den richtigen politischen Weg vor den Augen der Öffentlichkeit formuliert und debattiert werden

Wer wählt den Bundestag und wer darf gewählt werden?

- ◉ Die Bundestagsabgeordneten (kurz MdB) werden von den BürgerInnen Deutschlands in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.
- ◉ Wählen darf, wer mindestens 18 Jahre alt ist, seit mindestens drei Monaten seinen Wohnsitz in Deutschland hat und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist (aktives Wahlrecht).
- ◉ Das Recht, in den Deutschen Bundestag gewählt zu werden (passives Wahlrecht), haben diejenigen, die am Wahltag Deutsche sind und mindestens 18 Jahre alt.

Erststimme und Zweitstimme – was soll denn das?

- ◉ Tatsächlich wichtiger ist die Zweitstimme: Mit ihr wird die Landesliste einer Partei gewählt und sie legt maßgeblich die Sitzverteilung im Bundestag fest. Die mindestens 598 Mandate im Bundestag werden gemäß der bundesweiten Zweitstimmenzahlen auf die Parteien verteilt. Diese müssen allerdings mindestens 5% der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinen oder mindestens drei Direktmandate über die Erststimme erringen. Der Anteil der Bundestagssitze einer Partei entspricht damit in etwa ihrem Anteil an Wählerstimmen.
- ◉ Mit der Erststimme wird ein Direktkandidat aus dem jeweiligen Wahlkreis gewählt. In jedem Wahlkreis ist der Bewerber / die Bewerberin mit den meisten Stimmen gewählt. Derzeit gibt es 299 Wahlkreise. Sie sollen für eine ausgewogene Vertretung aller Regionen im Bundestag sorgen. Auf die Sitzverteilung im Bundestag und damit die politischen Mehrheitsverhältnisse hat die Erststimme jedoch keinen Einfluss, weil die Direktmandate mit den der Partei zustehenden Listenmandaten verrechnet werden.

▶ ZU JUNG FÜR EINE MEINUNG?

Ux18
#dannwaehldoch

Deine Stimme zählt bei der U18-Wahl



u18.kjrs.de/mitmachen

Impressum: Jugendforum im Landkreis Meißen
c/o Kreisjugendring Meißen e.V.
Kötzschenbrodaer Str. 60
01445 Radebeul
0351- 8336326



 **jugendforum-online.de**



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

sowie vom Freistaat Sachsen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Das Jugendforum ist ein Projektbaustein der Partnerschaften für Demokratie "Coswig und kommunale Partner" sowie "Riesa und kommunale Partner". Umgesetzt und organisiert wird das Projekt vom Kreisjugendring Meißen e.V. sowie den Netzwerkpartnern des KJR Meißen e.V.

**Partnerschaft
für Demokratie
Riesa &
kommunale
Partner**

